

# Lügenstaat: Die Top 10-Propagandalügen

☒ Kein anderer Staat der deutschen Geschichte hat die Deutschen so lange und so folgenscher belogen wie die Bunte Republik. Künftige Generationen werden sich im Rückblick fragen, wie ein halbwegs gebildetes Volk so eine Menge schierem Unsinn glauben konnte. Hier sind die ersten fünf der beliebtesten Propagandamärchen unseres Lügenstaats in aufsteigender Reihenfolge – je höher der Rang, desto höher der Grad der Verlogenheit:

*(1. Teil, Platz 6-10, von Georg S.)*

## **Platz 10: „Alle Macht geht vom Volke aus, sie wird in Wahlen ausgeübt“**

Diese Lüge hat es nur auf Platz 10 geschafft, weil sie so nie im Wortlaut propagiert wird. In Wahrheit ist im Grundgesetz natürlich von „Wahlen und Abstimmungen“ die Rede. Wir wissen aber: Hätten die Deutschen ihr Grundrecht auf Abstimmungen jemals ausüben dürfen, hätten sie die türkischen Gastarbeiter schon Anfang der 70er Jahre richtigerweise wieder in die Türkei zurückgeschickt, und wir hätten heute in Deutschland weder islamische Terrorzellen noch sonstige rüde Begleiterscheinungen der Landnahme. Damit die Deutschen also ihr Grundrecht auf Abstimmungen auch in Zukunft nie einfordern, wird ihnen von der Propaganda eingeredet, sie hätten dieses Grundrecht gar nicht, und das mit den Abstimmungen sei im Grundgesetz nicht so gemeint. Die Rechtsfolge dieser Lüge ist eindeutig: Wenn sich der Staat nicht oder nur teilweise an die verfassungsgemäßen Spielregeln der Demokratie hält, ist er keine wirkliche Demokratie. Und wenn er keine wirkliche Demokratie ist, fehlt seinen Gesetzen die demokratische Legitimation. Und wenn seinen Gesetzen die Legitimation fehlt, ist er kein Rechtsstaat, sondern im besten

Fall ein Pseudo-Rechtsstaat und im schlechtesten Fall ein Unrechtsstaat. Also ganz klar: Alles Lüge! Alles Unrecht!

### **Platz 9: „Freiheit mit Sicherheit“ und „Kein Staat haftet für die Schulden eines anderen“**

Die „Schengen-Lüge“ und die „Euro-Lüge“ teilen sich gemeinsam einen Platz, stellvertretend für die zahllosen weiteren EUdSSR-Lügen, mit denen man uns getreu dem Junckerschen Lebensmotto „Wenn es ernst wird, muss man lügen!“ immer nur für dumm verkauft hat. Die Euro-Lüge ist längst ein Klassiker, die Folgen der Schengen-Lüge spüren jedes Jahr Hundertfünfzigtausend Bürger am eigenen Leib, die vor ihren ausgeraubten Wohnungen stehen. Der Bunten Regierung ist das egal, Geld, viel Geld hat man nur für Polizisten in Griechenland. Besonders gefährlich für uns alle aber ist der über die unkontrollierten deutschen Grenzen stetig zunehmende Waffenschmuggel aus dem Kosovo ins zukünftige Bürgerkriegsgebiet Frankreich. Dabei bleiben immer mehr Kalaschnikows auch in Köln und im Ruhrgebiet hängen. Freiheit mit Sicherheit? Alles Lüge!

### **Platz 8: „Deutschland ist schon seit 1945 kein souveräner Staat mehr“**

Dieses Propagandamärchen stammt ursprünglich von der NPD, wurde aber zu Beginn der Euro-Krise ohne jegliche Berührungängste dankend von Herrn Schäuble übernommen. Seitdem zählt sie zu den staatlichen Standardlügen, damit wir uns mit unserem Schicksal als Autonome Republik der EUdSSR abfinden. Wir sollten die Kirche aber im Dorf lassen: Deutschland war seit 1945 geteilt, die Mitte war gar eindeutig eine Art Sowjetrepublik von Moskaus Gnaden, in dem keine souveräne, vom Kreml unabhängige Entscheidungsfindung möglich war. Der Westen aber hatte durchaus alle Freiheiten, sich auf der Grundlage demokratischer oder – Stichwort Volksabstimmungen – wenigstens halbdemokratischer Entscheidungsfindung selbstbestimmt zu verwalten. Die Präsenz

amerikanischer Truppen hatte schon seit den späten 40er Jahren nichts mehr mit Besatzung zu tun, sondern war Folge einer völlig neuen Konfliktlage durch den sich abzeichnenden Kalten Krieg. Und sowieso war die Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis zum Vertrag von Maastricht 1993 um etliches souveräner als die heutige Bunte Republik mit ihrem jämmerlichen Status als Autonome Republik der EUdSSR. Also: Die Bundesrepublik war 1949-1993 definitiv souverän genug, um über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten selber zu entscheiden. Klare Sache: Alles Lüge!

### **Platz 7: „1945 hat die ruhmreiche Sowjetarmee die Deutschen befreit“**

Diese Propagandalüge wurde jüngst von Staatspräsident Joachim Gauck aus dem Lügenarsenal seines Amtsvorgängers Walter Ulbricht aufgegriffen. In Sachen Sowjetunion wollen wir bei dieser Gelegenheit zunächst daran erinnern, dass Hitler und Stalin im September 1939 gemeinsam Polen überfielen, der eine von Westen aus, der andere von Osten aus. Die 17 Tage zwischen diesen beiden Angriffen seien den Sowjets gern geschenkt, an der Tatsache eines gemeinsamen Vorgehens Hitler-Deutschlands und Stalin-Russlands gegen Polen 1939 ändern sie überhaupt nichts. Hätte Hitler dann 1941 nicht die Sowjetunion angegriffen, wäre Stalin das Schicksal der Deutschen unter der NS-Diktatur völlig piepegal gewesen und das Schicksal der Juden sowieso.

Auch 1941-45 hat Stalin niemals, absolut niemals die Zielsetzung verfolgt, die Deutschen zu „befreien“. Deshalb kamen die Sowjetsoldaten 1945 auch nicht als Befreier nach Ostpreußen, sondern als Mörder, Totschläger, Vergewaltiger und Vertreiber einer unübersehbaren Zahl von Zivilisten, darunter auch jeder Menge deutscher Kommunisten und Sozialisten, von denen viele in ihrer typisch deutschen Naivität durchaus auf eine sowjetische „Befreiung“ gehofft hatten. Erschossen oder vergewaltigt wurde alles, was deutsch war und sich bewegt hat, kein sowjetischer Soldat hat jemals gefragt, ob der Deutsche

da in seinem Wohnzimmer die Schriften von Marx und Engels im Regal hat, bevor er ihm einen Kugel in den Kopf schoss. Die Sowjetarmee richtete 1945 östlich der Oder ein gigantisches Blutbad an, um mit ihrer Grausamkeit ganz bewusst Millionen von Flüchtlingen vor sich herzutreiben und Ostdeutschland für die geplante Besiedlung durch ethnische Polen zu räumen, die die Sowjetarmee kurz darauf aus Ostpolen verjagte.

Krieg ist Krieg, aber sich bei einer derart hemmungslosen Mörderbande, wie sie die Sowjetarmee unter Stalin war, auch noch zu bedanken, ist ein Zeichen so ungeheurer Kaltschnäuzigkeit, moralischer Verderbtheit, dass es jedem zivilisierten Menschen bei solchen Worten den Atem verschlägt. Lüge, Lüge, Lüge!

### **Platz 6: „Deutsche sind Nicht-Migranten, mehr nicht“**

Diese Lüge wurde erstmals durch Claudia Roth, einer besonders radikalen Vordenkerin der Umvolkungspolitik, in die Welt gesetzt, zählt aber heute zum festen Bestandteil der bunten Staatspropaganda: Man will uns einreden, „Migranten“ und „Nicht-Migranten“ seien gleichberechtigt, ein Recht auf besondere Ansprüche hätten die Deutschen in Deutschland nicht. Diese billige Propagandalüge ist nicht nur historisch, sondern auch juristisch leicht zu entlarven: Im Grundgesetz ist ganz eindeutig der „Nutzen des deutschen Volkes“ als oberste Richtlinie allen politischen Handelns festgeschrieben. Nicht umsonst ist dieser Satz Bestandteil des Amtsschwurs: weil er kein Nebensatz, sondern ein zentraler Hauptsatz des Grundgesetzes ist. Das Grundgesetz legt unmissverständlich eine besondere Verpflichtung des Staates gegenüber dem „Volk“ der Deutschen fest, also nicht gegenüber „Deutschland“ oder „den Deutschen“, sondern ausdrücklich der Ethnie der Deutschen. Das „deutsche Volk“ ist in Deutschland deshalb gegenüber anderen Ethnien auch nicht gleichberechtigt, sondern steht unter einem ganz besonderen Schutz des Staates.

Diese besondere Schutzpflicht streiten die Bunten Republikaner

bekanntlich ab. Vielmehr versuchen sie sich aus ihrem Dilemma, einerseits den Anschein der Verfassungsmäßigkeit zu wahren, andererseits eine radikale Umvolkungspolitik zu betreiben, dadurch herauszuwinden, indem sie wahllos Ausländer ohne jeglichen Bezug zu den Deutschen, ihrem Land, ihrer Kultur, nicht einmal ihrer Sprache, zu Deutschen erklären und dann behaupten, diese Leute seien Teil des „deutschen Volkes“ – eine vereinnahmende Behauptung, die die eingebürgerten Ausländer in der Regel weit von sich weisen. In der wirren Logik der Bunten Republikaner ist die Umvolkungspolitik allein deshalb verfassungsgemäß, weil sie zweifellos z.B. zum Nutzen eingebürgerter ethnischer Türken ist und das „deutsche Volk“ im Sinne des Grundgesetzes nach ihrer Auslegung theoretisch auch zu 100% aus ethnischen, aber eingebürgerten Türken bestehen könnte. So ist das im Grundgesetz aber mit Sicherheit nicht gemeint.

Die ganze Trickserie ändert also letztlich nichts an der Tatsache, dass die Umvolkungspolitik, gewollt oder in Kauf genommen, durch die damit verbundene Abdrängung der ethnischen Deutschen in eine demographische und machtpolitische Minderheitenposition im Ergebnis kollektiv gegen das deutsche „Volk“ als Ethnie gerichtet ist (Ethnozid) und der Staat durch diese Politik seine besondere verfassungsgemäße Schutzpflicht gegenüber dieser speziell deutschen Ethnie verrät – selbst wenn er dagegen das wacklige Argument des Nutzens für eingebürgerte Türken ins Feld führt. Verfassungsrechtlich gesehen sind die Deutschen im Sinne ihrer Zugehörigkeit zum „deutschen Volk“ deshalb nicht einfach „Nicht-Migranten“, sondern sie sind die dem Staat besonders Schutzbefohlenen, sie stehen in Deutschland gegenüber allen anderen Ethnien stets in einer besonderen rechtlichen Vorrangstellung. Also: Alles Lüge! Alles Unrecht!

» Morgen: Plätze 5-2!

---

# Video: Was die ARD in der PEGIDA-Sendung an Islamkritik nicht zeigte



Am vorletzten Montag

sendete die ARD die [45-minütige Dokumentation „PEGIDA – Zwischen Bürgerprotest und Radikalisierung“](#). Das Positive an der Sendung war, dass Islamkritiker mit ausgiebigen Statements zu Wort kamen. Udo Ulfkotte, Akif Pirinçci, Lutz Bachmann und Michael Stürzenberger konnten so ihre Standpunkte einem größeren Publikum von 1,7 Millionen Zuschauern vermitteln. Natürlich wurde daraus keine wirklich islamkritische Sendung, sondern man beleuchtete hauptsächlich die Frage, wie bürgerlich oder „radikal“ die Pegida-Bewegung sei.

In München nahm das ARD-Teams ein einstündiges Interview mit Michael Stürzenberger auf, was selbstverständlich nur zu einem Bruchteil gesendet werden konnte. Aber mit Genehmigung des Redakteurs lief eine PI-Kamera mit, damit die unveröffentlichten Statements nicht in der Schublade verschwinden. Denn der Klartext über den Islam fiel natürlich unter den politisch korrekten Schneidetisch. Beispielsweise

die hochinteressante Information, dass islamische Organisationen, die sich auf den Koran beziehen, von einem pensionierten Jura-Professor aus München als kriminelle und terroristische Vereinigungen gemäß Strafgesetzbuch § 129 und § 129a bewertet werden. Dies betreffe u.a. auch den Zentralrat der Muslime, der [in seiner Charta](#) explizit den Koran als „unverfälschtes Wort Gottes“ und die „ursprüngliche Wahrheit“ darstelle:

Wenn die sachlichen und friedlichen Islam-Aufklärer weiter so intensiv bekämpft werden, würden nach ihnen ganz andere kommen. Alles, was nicht in das künstlich geschaffene Bild des „friedlichen“ Islams passe, werde mit dem geradezu verzweifelten Mantra „Das hat alles nichts mit dem Islam zu tun“ abgebügelt. Dies wecke Widerstand, und immer weniger Bürger glaubten noch an das Märchen vom „friedlichen“ Islam: :

Ohne Entschärfung der verfassungsfeindlichen, brutalen, gewaltfordernden und tötungsverherrlichenden Elemente der islamischen Ideologie werde es in Europa apokalyptische Zustände geben:

Wenn bei einem Moslem der Koranchip im Kopf ticke, drohe Gefahr. Wer mit dem Gewaltprinzip des Islams einverstanden sei, habe hierzulande nichts verloren:

Die Ideologie des Islams werde im Islamischen Staat zu 100 % ausgeführt. Und in Europa wachse die Bedrohung im Zuge der Islamisierung immer mehr, so dass bereits jetzt tausende Juden den Kontinent aus nackter Angst verließen:

Der Gott des Islams sei rächend, strafend, mordbefehlend und ungerecht:

Als wenn der Islam erst vor wenigen Jahren auf der Weltbühne

aufgetaucht sei, würden 1400 Jahre voller kriegerischer islamischer Expansion heutzutage komplett ignoriert:

Die moslemischen Flüchtlinge seien alle das Ergebnis inner-islamischer Kriege. Sie sollten auch von islamischen Ländern aufgenommen werden, statt nach Europa zu fluten:

Wenn die islamischen Schläfer in Deutschland erwachten, gebe es einen Terror, der den der linken RAF in den 70er Jahren bei weitem in Schatten stellen würde. In Frankreich und England brodele es jetzt schon ganz gewaltig:

Die 40.000 Moslem-Extremisten seien nur die Spitze des Eisberges in Deutschland:

Salafisten seien die am schnellsten wachsende Extremistengruppe in Deutschland und stellten eine große Bedrohung dar:

Wenn viele Menschen in den 20er und 30er Jahren „Mein Kampf“ aufmerksam gelesen hätten, wäre die Katastrophe vermeidbar gewesen. Den Fehler dürfe man jetzt aber nicht noch einmal mit dem Koran machen. Daher lesen und warnen!

*(Kamera: Shalom Hatikva)*





# Videos von der 1. PEGIDA in Stuttgart

☒ Da können die linksradikalen demokratiefeindlichen Gewalttäter von Antifa und Co. noch so schreien, trommeln und eskalieren. Die Wahrheit wird sich Bahn brechen, [auch in Stuttgart!](#) So unser Versprechen in der Vorankündigung zur 1. PEGIDA am 17. Mai in Stuttgart. Hier sind sie, die Reden und Ereignisse rund um eine der umkämpftesten Veranstaltungen der letzten Jahre in der baden-württembergischen Landeshauptstadt.

Moderiert wurde die Kundgebung vor ca. 250 Teilnehmern von Sabrina Grellmann, die auch regelmäßige Veranstaltungsleiterin des PEGIDA-Ablegers „PEGIDA-Dreiländereck“ ist.

## **Thomas Rettig**

Zu Anfang sprach Thomas Rettig aus dem Team von PEGIDA-Karlsruhe „KARGIDA“. Er führte ruhig und sachlich Beispiele der zunehmenden Islamisierung an, wie die Missachtung des Tierschutzes zugunsten halal-konformer Schlachtungen. Die auch durch den ungezügelten Zustrom zunehmende Verschärfung des Wohnungsmarktes kritisierte er ebenso wie die Koranverteilung der Salafisten in den Fußgängerzonen. „Es ist unser Staat“, machte er unmissverständlich klar und forderte: „Merkel muss weg!“. Inmitten der Rede explodierte eine Rauchbombe (Video bei Min. 13:36) ohne allerdings Schaden anzurichten oder für Unruhe zu sorgen. Gegen Ende seiner Rede forderte er unter Beifall des Publikums: „Wir brauchen eine gewaltfreie Bürgerrevolution... und einen kompletten Austausch unserer Eliten“.

## **Simon Kaupert**

Als nächster Redner sprach Simon Kaupert aus Würzburg. Er ist Mitglied des dortigen PEGIDA-Teams „WÜGIDA“. In seiner

mitreißenden Rede sprach er von dem widerspenstigen Willen der Patrioten, den die Gegner von PEGIDA fürchten. „Nichts bricht unseren festen Willen“, rief er unter Jubel ins Publikum. „Wir haben gelernt, unter Gefechtsbedingungen auf die Straße zu gehen“, motivierte er das Publikum, um weiter „unseren Willen zu verteidigen“. „Diesen Willen auf die Straße zu tragen, ist unsere Pflicht und wir schulden es all jenen, die mit diesem Vorhaben erfolglos waren. Aber noch viel wichtiger, wir schulden es unseren Kindern!“, schloss er seine Rede.

### **Michael Mannheimer**

Der Publizist und Blogger Michael Mannheimer ist einer der bekanntesten Islamkritiker Deutschlands. Er war der Hauptredner des Tages. Sein Auftritt wurde von Freund und Feind gespannt erwartet.

Mannheimer holte zu einer Generalabrechnung mit dem linken Establishment aus: „Linke haben Deutschland seit 1990 zu einer ‚DDR-Light‘ gemacht.“ Er führte zahlreiche Beispiele linker Indoktrination und Agitatoren an. Er wehrte sich auch gegen den jüngsten Nazivorwurf, der gegen ihn und Michael Stürzenberger von Seiten der Stuttgarter Zeitung ausgesprochen wurde. Er kündigte an, dass Blatt zu verklagen und nötigenfalls bis in die höchste Instanz zu gehen. Er warf den Linken Völkermord am Deutschen Volk vor. Er rief dazu auf, die Medien zu boykottieren und bezeichnete sie als „Lügenpresse“. „Hinter jedem einzelnen von Euch stehen Zehntausende von Deutschen“, rief er der Menge entgegen.

**„Wir sind gekommen, obwohl wir wissen, dass wir möglicherweise angegriffen werden“.**

Er warf den Medien vor, zu dem Gewaltpotential von Links zu schweigen. „Wir sind gekommen, um uns zurück zu holen, was uns gestohlen wurde! Uns wurde die ethnische Identität als Deutsche gestohlen, auf die wir ein verfassungsmäßiges Recht haben. Uns wurde das Selbstbestimmungsrecht gestohlen, wie wir

unsere Zukunft zu gestalten haben.“

In diesem Zusammenhang sprach er das Diktat der EU hinsichtlich Euro/DM, EU-Mitgliedschaft und vor allem der muslimischen Einwanderung an. Als eines der vielen Beispiele für die fortschreitende Islamisierung nannte er die Länder Europas, in denen Mohammed mittlerweile der häufigste Jungensname bei Neugeborenen ist. Er forderte: „Der Islam und die linken Kampforganisationen wie die Antifa müssen verboten werden“. Er rief dazu auf, Deutschland vor einer neuen sozialistischen oder islamischen Diktatur mit allen Kräften zu verteidigen. „Es lebe Deutschland, es lebe Europa, es lebe die Freiheit“, schloss Mannheimer unter großem Beifall und Jubel seine Rede.

Zum Abschluss erklang aus 250 Kehlen die Deutsche Nationalhymne.

### **Busse zum Schutz der Teilnehmer – Gegendemonstranten auf Krawall aus**

Zum Schutz der Teilnehmer wurden die PEGIDA-Anhänger am Ende der Veranstaltung mit Bussen und in Polizeibegleitung aus der Innenstadt eskortiert. Von gewaltbereiten Gegendemonstranten aus Antifa und Anhängern linker Parteien wurde ein Bus durch Steinwürfe beschädigt. Aber auch auf der abgesperrten Busroute versuchten die Linksradikalen die Fahrt zu behindern, beleidigende Gesten und Rufe inklusive.

Die Polizei reagierte besonnen und entschlossen und wehrte die Angriffe souverän ab, so dass es außer den beschriebenen Szenen auf der Fahrt keine weiteren Zwischenfälle mehr gab.

### **Linke Stadträte hätten sich lieber Tote und Schwerverletzte gewünscht**

SÖS/Linke-plus, eine linksradikale Fraktion im Gemeinderat von Stuttgart, echauffierte sich in einer Reaktion über eine

„[inakzeptable Stadtrundfahrt](#) für Rassisten“. Die Polizei verteidigte die Maßnahme. Die völlig irrierte Behauptung der linksradikalen Gemeinderäte, am Zielpunkt „Pragsattel“ hätte es zum Schutz der dortigen Bevölkerung keine Polizei gegen die „gewaltbereiten Neonazis“ gegeben, entgegnete Stefan Keilbach, der Pressesprecher der Polizei mit den Worten: „Dort gab es aus unserer Sicht kein Gefährdungspotential!“.

Das kann nicht anders als ein deutliches Statement für die Friedfertigkeit der PEGIDA-Anhänger verstanden werden. Auch auf dem folgenden Video wird deutlich, von wem die Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung wie immer ausging. Was passiert wäre, wenn es nach dem Willen der Linken gegangen wäre, muss an dieser Stelle wohl nicht ausgeführt werden.

### **Teil der Teilnehmer bekam Polizeieskorte zur S-Bahn**

Da kein dritter Bus zur Verfügung gestellt wurde, mussten die restlichen Teilnehmer von der Polizei eskortiert zur nächstgelegenen U-Bahn-Station gebracht werden. Beleidigungen und die Drohung „Wir kriegen euch alle!“, sollten den sich demokratisch bezeichnenden Bündnispartnern und Parteien zu denken geben, in was für einer Koalition sie sich gegen PEGIDA befinden.

Eine Erkenntnis des Tages lautet: Nur die Bedeutungslosen erfahren keinen Widerstand. Daran gemessen wird klar: PEGIDA spricht heiße Eisen an, die geschmiedet gehören. „Packen wir`s an, auch in Zukunft, für unsere Zukunft!“

### Bisherige Berichte:

- » [Erlebnisbericht](#) von der 1. PEGIDA-Stuttgart
  - » [Großer Foto-Bericht](#) der 1. PEGIDA-Stuttgart
-



# Gender-Beauftragte an Londoner Uni: „Tötet alle weißen Männer“



Wer immer noch glaubt, dass Gender-Mainstreaming etwas mit der Gleichstellung der Geschlechter zu tun hat, der glaubt auch an den Osterhasen. Wie ein Vorfall an einer Londoner Universität jetzt einmal mehr zeigt, ist die Gender-Ideologie zutiefst sexistisch und rassistisch. Der erklärte Feind: Der heterosexuelle, weiße Mann.

Der ganze Skandal begann bereits letzten Monat an Londons Goldsmiths Universität, als Bahar Mustafa (27, Foto) zu einer Versammlung für Studenten einlud, bei der das Thema „Vielfalt

im Lehrplan“ diskutiert werden sollte. Die offizielle „Verantwortliche für Vielfalt“ (Diversity Officer) der Hochschule bemerkte jedoch rasch, dass sich von der Einladung auch viele weiße, heterosexuelle Studenten angesprochen fühlten. Doch für die war die Veranstaltung gar nicht gedacht. Deshalb schrieb sie ganz ungeniert auf ihrer Facebook-Seite:

*[...] Falls du eingeladen worden bist und du bist ein Mann und/oder weiß, KOMM BITTE NICHT. Ich habe halt eine Menge Leute eingeladen, und ich hoffe du bist verantwortungsvoll genug zu respektieren, dass das eine Veranstaltung nur für schwarze/ethnische Minderheiten-Frauen (BME Women) und Nicht-Heterosexuelle (non-binary) ist... Keine Sorge Jungs, wir geben euch und Verbündeten andere Aufgaben ☐*



„Vielfalt im Lehrplan“ diskutieren, aber ohne Männer und/oder weiße Heterosexuelle – das ist nicht nur sexistisch, sondern auch rassistisch. Das dachten zumindest viele der Studenten und beschwerten sich bei ihrer „Vielfalt-Beauftragten“. Bahar Mustafa zeigte dann auch prompt, was sie von der Kritik ihrer dämlichen weißen Kommilitonen hielt und lud als Antwort ein Bild auf Facebook hoch (Foto oben). Frei nach dem Motto „Heult doch“ hieß es dort abermals: KEINE WEIßEN HETERO-MÄNNER BITTE.

Damit aber nicht genug. Es wurde ebenfalls bekannt, dass Mustafa mit ihrem privaten Twitter-Konto unter #killallwhitemen (Tötet alle weißen Männer) und #misandry (Männerhass) ihre kruden Thesen verbreitet hatte.

Studenten der Goldsmiths Universität wollten sich das nicht mehr gefallen lassen und starteten vor fünf Tagen eine [Online-Petition](#). Hierin fordern sie, dass Bahar Mustafa von der Hochschule suspendiert wird und sich die Polizei mit den rassistischen und sexistischen Äußerungen sowie dem Mordaufruf befasst. Ferner sollte ihr der erworbene Abschluss aberkannt werden. Mustafa ist seit kurzem MA (Master of Arts) in Gender-, und Medienwissenschaften. Als Reaktion auf die Petition, bezeichnete sie die Initiatoren auf der (mittlerweile gelöschten) offiziellen Internetseite der Universität als „weißen Abschaum“.

Letztlich wurde der Druck dann doch zu groß und Mustafa ruderte zurück – ein wenig zumindest. Das mit dem „weißen Abschaum“ auf der offiziellen Internetseite der Uni sei „unprofessionell“, [zitiert sie die Daily Mail](#). Die Aufforderung auf Twitter, „Tötet alle weißen Männer“, war doch nur als Spaß gemeint und außerdem von ihrem privaten Konto geschrieben. Vielmehr sieht sich die 27-jährige Studentin als Opfer einer Kampagne. So beschuldigt sie die Medien einer „Hexenjagd“ und des „Rufmordes“.

PI meint: Heul doch!



# „Amerika soll im ewigen Feuer brennen“



Zubeidat Tsarnaeva (Foto), die Mutter des [vergangene Woche zum Tode verurteilten](#) moslemischen Attentäters Dzhokhar Tsarnaev, der am 15. April

2013 gemeinsam mit seinem Bruder Tamerlan einen Bombenanschlag auf den Bostonmarathon verübt hatte, schrieb nun in einer WhatsApp-Nachricht an Zarina Kasanova, eine Unterstützerin: Sie denken, sie könnten uns töten und das dann feiern, aber wir sind diejenigen, die jubeln werden, wenn Allah uns die Chance gewährt, Amerika in der ewigen und schrecklichen Flamme des Jenseits brennen zu sehen, [berichtet der Boston Herald](#).

*(Von L.S.Gabriel)*

Für Zubeidat Tsarnaeva gilt in den USA immer noch ein aufrechter Haftbefehl, für einen 2013 begangenen Ladendiebstahl. Sie war unmittelbar nach der Verhaftung ihres Sohnes aus den Vereinigten Staaten [nach Moskau ausgereist](#), wo sich auch eine eigene Gruppe zur Unterstützung ihres Mördersohnes befinden soll. Für sie sind ihre Söhne, der nun verurteilte Dzhokhar und sein bei der Verfolgung durch die Polizei erschossener älterer Bruder Tamerlan, unschuldig. Natürlich denkt sie das, wird das Töten der „Ungläubigen“ doch im Hassbuch Koran befohlen. Die streng Islamhörige war, bevor sie sich dem Islam zuwandte, als Kosmetikerin tätig und führte ein westliches Leben.





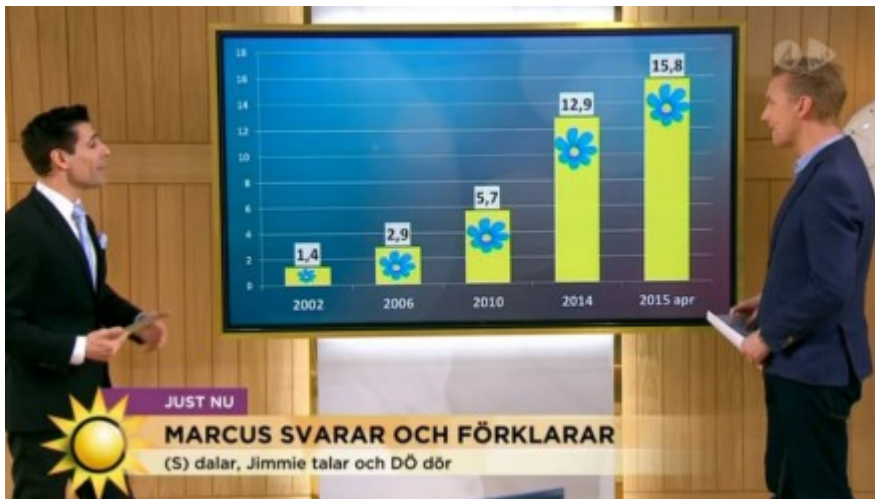
Bereits 2013 erklärte Michael McCaul von der Homeland Security, dass vieles darauf hindeute, dass die Mutter selbst es gewesen sei, die ihre Söhne radikalisierte und zu der schrecklichen Tat anstiftete. "Die Mutter hat, meiner Meinung nach, eine erhebliche Rolle gespielt beim Radikalisierungsprozess in Bezug auf grundlegenden Ansichten des Islam", sagte McCaul in einem Interview mit [FOX-News](#).

Bei dem grausamen [Attentat am 15. April 2013](#) kamen drei Menschen ums Leben und 264 wurden zum Teil schwerst verletzt, verloren Arme und/oder Beine.

Das ist es, was die „Friedensreligion“ aus Menschen macht. Grausame, kranke Geschöpfe ohne Empathie und Verstand.

---

**Schwedendemokraten äußerst erfolgreich – Weckruf für die AfD?**



So eine ähnliche Entwicklung der Umfragewerte und Wahlergebnisse wie die der [Schwedendemokraten](#) hatten sich AFD-Wähler von der neu gegründeten Alternative in Deutschlands Parteienlandschaft einst wohl erhofft. Angesichts des Werteverfalls nicht nur des Euros und der geballten linkslastigen sich immer mehr vom Bürger entfernenden Politik mit ihren hörigen Medien (und umgekehrt), tat sich doch ein großer Freiraum in der Mitte und Rechts für eine neue Kraft auf. Nach großen Fehlern insbesondere bei Verträgen (Nizza, Amsterdam, Maastricht, Lissabon usw.) und dem Schengen-Übereinkommen durch die EU beschleunigen sich die Folgeschäden für Deutschlands und Europas Bürger zusehends; die AFD könnte sich auf einem „üppigen Feld“ bedienen und betätigen.

*(Von Alster)*

Was hat das mit den Schwedendemokraten zu tun, die sich doch schon 1988 als Partei gründeten und noch nicht einmal eine Alternative zum Euro benötigen? Die Entwicklung in Schweden musste sich zuspitzen, bevor die jahrelang stigmatisierten und bekämpften Schwedendemokraten Erfolge verbuchen konnten.

Für die AFD wird dieser fortgeschrittene Prozess sogar in der Gesellschaft zunehmend sichtbar, was ja auch die Pegida-Bürgerbewegung zeitigt. Nach überstandenen Geburtswehen und mit einem geschlossenen Auftreten hätte die AFD wie in einem Zeitraffer den mühevollen Prozess der Schwedendemokraten bewältigen können.

Die Geburtswehen der Schwedendemokraten waren heftig, denn Ihre Wurzeln liegen in der als rechtsextrem eingestuften Bewegung „Bewahrt Schweden schwedisch“, die sich 1986 mit der „Fortschrittspartei“ zur Sverigepartiet (dt. „Schwedenpartei“) zusammenschloss. Nach etlichen Ausschlüssen und Querelen gründete sich 1988 schließlich die Partei Sverigedemokraterna, SD. Seitdem wurde die einwanderungskritische Partei jahrelang von der politisch korrekten Elite, die die öffentliche Meinung vollständig dominiert hat, verfolgt. SD sollte am Boden zerstört werden, weil sie die nichtwestliche Einwanderung thematisierten, die die Elite negierte.

Parteiversammlungen waren immer wieder grober Gewalt ausgesetzt, Parteimitglieder wurden verfolgt, und einige wurden aus politischen Gründen aus dem Arbeitsverhältnis entlassen. Die schwedischen Medien haben jahrelang versucht, die Partei totzuschweigen; wenn sie die SD überhaupt erwähnten, dann handelte es sich darum, dass die Partei fremdenfeindlich, rassistisch und Schlimmeres sei. Aber während die Elite sich darum bemühte, den Deckel draufzuhalten, wuchsen und wuchsen die Probleme mit der enormen Einwanderung nach Schweden. Seitenlang mussten und müssen inkorrekte Blogs täglich über kriminelle Auswüchse durch Migranten oder groteske Beihilfe durch die Asylindustrie und Gutmenschen sowie die Vertreibung der autochthonen Schweden berichten.

Am 11. Mai, geschah dann etwas Unerhörtes: Denn ein Bild vom Vorsitzenden der einwanderungskritischen Partei der Schwedendemokraten, Jimmie Åkesson, ist [im schwedischen Fernsehen ungewöhnlich](#). Ein Jimmie Åkesson, der glücklich und sympathisch aussieht, ist fast eine Sensation. Es war trotzdem das Bild, das man am Montagmorgen im schwedischen Fernsehen sah:



Der Beitrag handelte vom Wachstum der Schwedendemokraten, das in der Geschichte Schwedens beispiellos ist.

Der Politologe Marcus Oscarsson zeigte es anhand einer Statistik. 2002 bekamen die Schwedendemokraten 1,4 Prozent der Wählerstimmen, 2010 kamen sie mit 5,7 Prozent in den Reichstag. Das erschütterte viele, aber sie trösteten sich damit, dass die Partei „kaum zunehmen“ werde. „Aber die Zustimmung zur SD wächst weiter und weiter und weiter“, sagte Marcus Oscarsson. Er verwies auf die rasch zunehmende Zustimmung, die im April 15,8 Prozent erreichte – zeitweise liegt sie sogar bei 18 Prozent plus. Und nun wird Oscarsson deutlich: „Es ist nicht nur wegen der Person Jimmie Åkesson, es geht um die Politik der Partei. Es gibt eine Verbindung zwischen den vielen Flüchtlingen, die nach Schweden gekommen sind, und den SD-Erfolg“, erklärte er. Auch das Problem der hohen Anzahl von Bettlern aus Rumänien, die in Schweden für viel Unmut gesorgt haben, erwähnte er: „Nur die Schwedendemokraten haben das im Wahlkampf angesprochen und Lösungen angeboten.“ Jetzt würde die große Partei Moderaterna die gleichen Vorschläge machen. „Die Wähler sind doch nicht dumm, die merken das.“ Und weiter: „Schweden gehört zu den größten Beitragszahlern der EU für Rumänien als einer der größten Nutznießer, während wir hier ihre Probleme bekommen. Dagegen müssen die Politiker etwas tun, das verstehen die Menschen nicht“, so Marcus Oscarsson.

Dieser Beitrag im schwedischen Fernsehen zeigt, dass die politisch korrekte Fassade in Schweden Risse bekommt. Das war doch zumindest mal ein Anfang der [Entstigmatisierung der Partei](#) der Schwedendemokraten, die sich als einzige schwedische Partei für eine Begrenzung der Zuwanderung ausspricht, und in den letzten Reichstagswahlen ihren Stimmenanteil mit 12,9 Prozent der Stimmen mehr als verdoppeln konnte und nun in den Umfragen ständig wächst.

Hauptthemen der Partei sind neben der Integrations- und Zuwanderungspolitik auch die Wirtschafts- und Familienpolitik. Seit der Gründung weist die SD kontinuierlich auf die Bedrohung der schwedischen Kultur durch die Masseneinwanderung und Islamisierung hin.

Die Frage ist, ob die jetzige Zustimmung zu den Schwedendemokraten noch rechtzeitig in eine Politik mündet, die den Niedergang Schwedens aufhalten kann.

Die AFD sollte sich diesen Erfolg ansehen und dann entscheiden, ob sie sich von all dem „säubern“ (O.Henkel) soll, was den hart erkämpften Erfolg der Schwedendemokraten ausmacht. Persönlich empfehle ich den Herren Henkel, Lucke, Kruse & Co., sich der FDP anzuschließen, die nicht zuletzt durch eben diese wieder ein paar Prozente zugewinnen konnte.

*(Übersetzungen aus dem Schwedischen von Alster)*

---

## **Dieter Nuhr darf Hassprediger genannt werden**



Im Mittelalter hatte der Hofnarr an den Fürstenhöfen Narrenfreiheit, das heißt, er hatte das Privileg, dem Herrscher als Einziger ungestraft die Wahrheit sagen und Kritik an den

bestehenden Verhältnissen üben zu dürfen. Er durfte sogar die Adligen parodieren. Im Scharia-Islam gibt es bekanntlich weder Kabarett noch Narrenfreiheit: Wer Kritik jedwelcher Art äußert, wird ruckzuck mit dem Tode bestraft.

*(Von Verena B., Bonn)*

In Deutschland ist es noch nicht ganz so weit. Islamisierungs- und Scharia-Lobbyisten haben aber immerhin schon erreicht, dass Kritik am Islam als „Rassismus“ verurteilt wird (bekanntlich ist der Islam ja eine Rasse), und Rassismus (nein, nicht muslimischer Rassismus gegen Christen und Juden) ist eine Todsünde!

Deutschlands wohl bekanntester und beliebtester Kabarettist Dieter Nuhr hat dem Islam immer wieder den kritischen Spiegel vorgehalten und das hatte nun Folgen: Der Eulenspiegel mit deutschen Wurzeln muss es sich jetzt gefallen lassen, wegen seiner satirischen Islamkritik als „Hassprediger“ bezeichnet zu werden. Durchgesetzt hat das der [Salafismusaffine Moslem Toka Erhat](#) (Foto oben), der das Märchen vom „friedlichen Islam“ verkauft, das angesichts einer Fülle von widerlegbaren Fakten und Bildern allerdings immer unglaubwürdiger wird.

Der in Osnabrück ansässige Toka, der im Namen des Erhabenen unter anderem von 2003 bis 2008 für die Öffentlichkeitsarbeit der antidemokratischen und [antisemitischen Milli Görüs-Organisation](#) tätig war, hatte im Herbst bundesweit Aufsehen

erregt, weil er Nuhr Hetze und die Beschimpfung von Religionsgemeinschaften vorgeworfen und ihn angezeigt hatte. Als Beweis diente ein Videoclip, der antiislamische Passagen aus Nuhrs Programmen aneinanderreihet. Gleichzeitig hatten radikale Muslime am 25. Oktober 2014 in der Islamtoleranzbesoffenen Stadt Osnabrück anlässlich eines Nuhr-Gastspiels zu einer Gegendemo aufgerufen. In Wirklichkeit war es aber eine Demonstration gegen Juden, denn es wurden folgende Schilder hochgehalten: „Stoppt den israelischen Terrorismus“ und „Palästina büßt für den Völkermord der Deutschen an den Juden“. Der Sprecher der Demonstration, Erhart Toker, ist Mitbegründer der [Muslimisch Demokratischen Union](#) – MDU – (verfassungsfeindliche muslimische Verdrängungspartei). Im März 2014 löste sich die MDU auf.

Die überwiegend in Niedersachsen aktive MDU schloss sich in der Folge dem islamischen „Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit (BIG-Partei)“ an, die bei den Wahlen zunehmend an Bedeutung verlor. „Gemeinsam sind wir stark“ war wohl die Devise, und sicher dürfen wir von diesem neuen, verfassungsfeindlichen Parteizusammenschluss noch Großes in Sachen Machtübernahme erwarten.

Bezeichnenderweise unterstützen diese Aktion sowohl der Sprecher des Osnabrücker „Runden Tisches der Religionen“ als auch der apologetische „Islamwissenschaftler“ Bülent Ucar von der Universität Osnabrück. [In vollem Einklang mit Toka](#) wirft nämlich auch Bülent Ucar Dieter Nuhr vor, er arbeite mit Verallgemeinerungen, schwinde sich zu tendenziösen Koraninterpretationen auf und bediene Vorurteile.

[Focus online](#) berichtet:

*Das Landgericht Stuttgart hat nun entschieden, dass Nuhr diese Bezeichnung (Hassprediger) hinnehmen muss, berichtet die „Neue Osnabrücker Zeitung“. Vorausgegangen war ein längerer Rechtsstreit. Toka hatte im Oktober 2014 eine Klage gegen den Kabarettisten wegen „Beschimpfung von Bekenntnissen*

und Religionsgemeinschaften“ eingereicht. Sein Vorwurf damals, so die „Neue Osnabrücker Zeitung“: Nuhr betreibe unter dem Deckmantel der Satire eine „blöde, dumme Hetze“ gegen den Islam. Er bezeichnete den Kabarettisten in diesem Zusammenhang auch als „Hassprediger“. Zudem klebte Toka Porträtfotos von Nuhr auf Verbotsschilder und verbreitete Bilder davon im Netz.

Nach einer Untersuchung des Falles stellte die Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren gegen Nuhr ein.

Für die Erfüllung des Volksverhetzungsparagraphen fehle es in den Werken von Nuhr an „fremdenfeindlicher Gesinnung“. Auch das Kriterium der Beschimpfung einer Religionsgemeinschaft sah das Gericht nicht als erfüllt an, da es sich bei Nuhrs Programm erkennbar um Satire gehandelt habe.

Nuhr klagte im Gegenzug vor dem Stuttgarter Landgericht, um eine Abmahnung gegen Toka und Unterlassungserklärung zu erwirken, berichtet die „Neue Osnabrücker Zeitung“ weiter. Laut dem aktuellen Urteil des Gerichts müssen sich Nuhr und Toka die Gerichtskosten teilen. Toka darf jedoch die entsprechenden Bilder des Kabarettisten nicht mehr verbreiten – als „Hassprediger“ darf er Nuhr jedoch weiter bezeichnen.

Als Hassprediger gelten vor allem Geistliche, die zu Feindschaft und Hass aufstacheln oder sogar direkt zu Gewalttaten aufrufen. Da fallen uns doch auf Anhieb nicht wenige muslimische „Geistliche“ ein. Dass Dieter Nuhr aufstachelt oder zu Gewalttaten aufruft, ist uns bislang allerdings nicht bekannt. Hassprediger sind im Islam übrigens sehr beliebt. [Eine BBC-Umfrage ergab](#), dass 49 Prozent aller Muslime Hassprediger unterstützen.

Deutschland ist ein Land der Toleranz und daher das Paradies für intolerante Korangläubige. „Deutschland muss islamisch werden“ (Aussage von Cem Özdemir, der aber gegen jeden Strafanzeige erstattet, der ihn so zitiert)? Nur noch eine





## AfD: Petry-Kandidatur gegen Lucke rückt näher



Im innerparteilichen Richtungsstreit schlagen die Wogen in der AfD-Führung immer höher. Die Co-Vorsitzende der Partei, Frauke Petry, wohl die wichtigste

Gegenspielerin des Vorsitzenden Bernd Lucke, zweifelt an der Rechtmäßigkeit des [von Lucke gegründeten Vereins „Weckruf 2015“](#) und schließt für den bevorstehenden Bundesparteitag eine Kandidatur gegen den Parteigründer nicht mehr aus. Lucke hingegen bestreitet den Plan, eine neue Partei gründen zu wollen.

[Die „FAZ“ berichtet:](#)

*Die sächsische AfD-Fraktions- und Landesvorsitzende Frauke Petry will womöglich juristisch gegen die Gründung des*

Vereins „Weckruf 2015“ durch den AfD-Bundesvorsitzenden Bernd Lucke vorgehen. Der von Lucke und anderen AfD-Funktionären aus dem wirtschaftsliberalen Lager gegründete Verein sei ein politisches Konkurrenzangebot. Deshalb werde jetzt juristisch geprüft, ob die Vereinsgründung überhaupt mit dem Statut der Partei vereinbar sei.(...)

Die Politikerin, die auch Ko-Vorsitzende Luckes ist, deutete an, dass sie auf dem Bundesparteitag am 13. Juni gegen Lucke kandidieren könne. Sie habe zwar immer gesagt, dass sie nicht gegen Lucke antreten werde. Sie bitte jedoch „um Verständnis“, dass sie die Lage jetzt neu bewerten müsse. Ihr Eindruck sei, dass Lucke die Geduld verloren gegangen sei im Umgang mit Menschen unterschiedlicher Herkunft in der AfD. Als Volkspartei dürfe man sich jedoch nicht nur in Professoren-Kreisen verorten.

Den „Weckruf“ Luckes und seiner Mitstreiter werde sie nicht unterzeichnen. Der Aufruf und die Vereinsgründung verursache eine schwere Krise in der Partei. Sie führe zu Verunsicherung unter den Mitgliedern und sei ein Affront gegenüber denjenigen, die programmatisch arbeiteten.(...)

Da zu erwarten ist, dass beim Bundesparteitag mehr als 50 Prozent der Delegierten dem nationalkonservativen Flügel der AfD angehören, dürfte Lucke am 13./14. Juni in Kassel, anstatt zum alleinigen Parteichef gewählt zu werden, voraussichtlich sein Waterloo erleben.

Frauke Petry sieht jetzt Bernd Lucke am Zug. Die sächsische AfD-Chefin zeigte sich zugleich skeptisch, dass Lucke nicht doch eine neue Partei plant. „Ich hoffe, dass wir uns nicht irgendwann an den Satz erinnern müssen: ‚Niemand hat die Absicht, eine Partei neu zu gründen.‘“ Eine Spaltung der Partei aber, sagt Petry schließlich noch, sei nicht möglich, wer jedoch austreten und eine neue Partei gründen wolle, dem wünsche sie „viel Glück“.

In einem heute veröffentlichten JF-Interview mit Bernd Lucke in Straßburg kann man seine weichgespülten Ansichten hören:

(hg)

---

## Buschkowsky: Muslimische Einwanderer sind Träger des Judenhasses



„In den Sommerferien fliege ich nach Palästina und töte Juden“ – das schrieb ein Schüler schon vor Jahren in einem Aufsatz „Mein innigster Ferienwunsch“. Doch heute hält die

Unionsfraktion im Bundestag einen Kongress ab. Das Thema lautet noch immer: „Jüdisches Leben in Deutschland – ist es gefährdet?“ Holocaust-Leugner und Judenhasser, das müssen bei uns Neo-Nazis sein und sonstige Rechtsradikale. Wer denn sonst? Doch das ist nichts als Schönsprech vom Schlummersandmann. Wegtauchen vor der Political Correctness. Die Realität ist eine ganz andere!

Demo-Chöre brüllen „Juden ins Gas“ und unsere Polizei läuft hilflos nebenher. Schüler sprayen „fick alle Juden“ an die Wand, prophezeien, dass „ein Jude, der unsere Schule betritt,

kaputtgeschlagen wird“. Juden haben Angst, sich öffentlich mit Kippa zu zeigen.

Es gibt bei uns einen wiedererwachten Antisemitismus. Er wird mitgebracht – traditionell religiös und aktuell aus Nahost. Denn: Muslimische Einwanderer sind Träger des Hasses. Das zu benennen, ist bei uns aber Rassismus, fremdenfeindlich und islamophob.

Es ist ein Nichtthema.

(Weiter auf [bild.de...](http://bild.de...))

---

PI-Kommentar: Recht hat Heinz Buschkowsky, wie viele PI-Beiträge zum Thema [Judenhass](#) belegen. Bleibt nur die Frage, wie lange der frühere Neuköllner Bezirksbürgermeister solche Wahrheiten über den Islam noch in der BILD benennen darf. Wir erinnern uns: Der frühere stellv. Chefredakteur der BamS Nicolaus Fest wurde nach [seinem BILD-Kommentar vom 27.7.2014](#), in dem er genau diese antisemitischen Pogrome von Muslimen anprangerte, gefeuert und der Presserat sprach eine scharfe Rüge wegen „Islamfeindlichkeit“ aus.



# Das Mutterland des Islams sucht neue Scharia-Vollstrecker zum Köpfen und Handabhacken



Das

„Sozialministerium“ von Saudi-Arabien sucht acht neue „Mitarbeiter“. Sie sollen das islamische Gesetz, die Scharia, korankonform vollstrecken. Also Köpfe, Hände und Füße abhacken, so wie es Allah fordert. Ein Arbeitsplatz mit Zukunft, denn in Saudi-Arabien wurden in diesem Jahr bereits 85 Menschen islamkorrekt abgemurkst. Aber das hat ganz sicher nichts mit dem „friedlichen“ Islam zu tun, das muss der böse „Islamismus“ sein. Ein Blick nach Saudi-Arabien genügt, um die gigantische Lügenkampagne zu entlarven, mit der hierzulande Politiker und linksgestrickte Medien das Volk tagtäglich hirnzuwaschen versuchen.

*(Von Michael Stürzenberger)*

Der SPIEGEL berichtet:

*In Saudi-Arabien droht unter anderem für Mord, Drogenhandel und Waffenschmuggel die Todesstrafe, die üblicherweise durch Enthauptungen auf öffentlichen Plätzen vollstreckt wird.*

Zuletzt ließ das Königshaus am Sonntag einen Mann wegen eines Drogendelikttes enthaupten. Nach einer Zählung der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch sind seit Jahresbeginn 85 Menschen in Saudi-Arabien hingerichtet worden – die meisten von ihnen wegen Drogenvergehen. Im gesamten Jahr 2014 wurden 88 Personen in dem Königreich geköpft. Nur in China und Iran wurden weltweit mehr Menschen exekutiert.

Ein kodifiziertes Strafrecht in Saudi-Arabien gibt es nicht. Die Angeklagten sind deshalb der Willkür der streng konservativen Scharia-Richter weitgehend hilflos ausgeliefert.

Der FOCUS meldet, dass man sich für diesen blutigen Arbeitsplatz [kaum qualifizieren muss](#):

Für die Arbeit sei keine besondere Qualifizierung oder Erfahrung nötig, hieß es in einer am Dienstag veröffentlichten Stellenausschreibung. Aufgabe der Henker ist es demnach, zum Tode verurteilte Menschen zu köpfen. Zudem sollen sie verurteilten Dieben Gliedmaßen amputieren. Ein als PDF erhältliches Formular beschreibt die Rolle der Henker als religiöse Funktionäre“, berichtet die „Daily Mail“. Sie würden allerdings ein Gehalt am unteren Ende der Besoldung für Staatsdiener erhalten.

In Saudi-Arabien, wo Scharia-Recht angewandt wird, hatte sich die Zahl der Hinrichtungen in den vergangenen Monaten deutlich erhöht. In dem Königreich steht auf Vergewaltigung, Mord, Abfallen vom Glauben, bewaffneten Raub und Drogenhandel die Todesstrafe. Experten bewerten das harte Vorgehen der Regierung der „Daily Mail“ zufolge als Reaktion auf den Vormarsch der IS-Milizen.

Die FAZ titelt [„Köpfen für den König“](#):

Erst am Sonntag war ein Mann hingerichtet worden, und ein

*Ende der Enthauptungswelle ist nicht in Sicht: Mehrheitlich Mörder und Rauschgifthändler, aber auch Kleinkriminelle trifft die Strafe. Die meisten Opfer sind Saudis, viele kommen aber auch aus Pakistan, Jemen, Syrien, Jordanien, Indien, Indonesien, Burma, Tschad, Eritrea, den Philippinen und Sudan.*

*Politische Beobachter erklären den rasanten Anstieg der Hinrichtungen mit der Anstellung neuer Richter. Andere Stimmen führen es auf die Bedrohung des Wahabiten-Reichs durch sunnitische Islamisten zurück. Auch die Terrorgruppe „Islamischer Staat“ (IS) begründet sein Exekutions-Regime mit dem Koran.*

Dort, im Hort des abartigsten Terrors auf unserem Planeten, wird die Scharia genau so durchgeführt wie in dem Land, in dem diese „Weltreligion“ entstand. Der SPIEGEL hat in einer Tabelle [sehr anschaulich dokumentiert](#), wie sich Saudi-Arabien vom Islamischen Staat unterscheidet: Fast gar nicht. Kein Wunder, denn dort entstand der Islam schließlich, von dort wurde er kriegerisch verbreitet, dort stehen die „heiligen“ Reliquien, dorthin soll jeder Moslem pilgern, dort ist die ideologische Zentrale und von dort fließen die Billionen in die ganze Welt, um überall den Islam zu etablieren und langfristig an die Macht zu bringen.

Und bei uns sitzen gewissenlose Volksverräter in den Schaltzentralen von Politik, Medien, Kirchen, Gewerkschaften und Sozialverbänden, um die Ausbreitung dieser menschenverachtenden Ideologie auch noch zu unterstützen.

---

# Zweifacher Schandmord in Lüneburg: Ziads Frau wollte Christin werden



Wieder ein „Einzelfall“, der uns deutlich vor Augen führen sollte, welche mit unserem Werte- und Rechtssystem völlig inkompatiblen Kreaturen Menschen unsere Politiker

hier Tag für Tag zu Tausenden importieren: In Lüneburg steht derzeit der irakische Kurde Ziad K. vor Gericht, weil er – [wie PI bereits im Januar berichtete](#) – seine Frau und deren Freundin getötet hat.

*(Von Hinnerk Grote)*

Und wieder werden sich Richter und Staatsanwälte bemühen, aus einem Doppelmord einen Totschlag, vielleicht auch nur eine Körperverletzung mit Todesfolge zu konstruieren. Oder eine psychische Störung des Angeklagten herbei phantasieren, vielleicht gar noch die mangelnde „Willkommenskultur“ der Aufnahmegesellschaft bemühen. Dabei liegt der Fall eigentlich sonnenklar.

Ziad K. ist jesidischen Glaubens, Anhänger einer „Religion“, die es verbietet, Andersgläubige zu ehelichen. Seine Ehefrau, ebenfalls Jesidin, hatte sich, offenbar ermuntert durch eine Freundin, dem christlichen Glauben zugewandt und wollte sich von ihrem Mann trennen. Das war für den jesidischen Kurden, geprägt von archaischen Vorstellungen, nach denen die Frau



sein Besitz ist, völlig unvorstellbar, traf es doch seine „Ehre“. So fasste er einen perfiden Plan:

[Die WELT](#) berichtet (mit abgeschaltetem Kommentarbereich):

*Mit einem Küchenmesser ersticht der verlassene Ehemann die Freundin seiner Ehefrau, weil er denkt, dass seine Frau dann bei ihm bleibt. Doch der Plan misslingt. Statt leise um Vergebung zu betteln, ruft seine Frau lauthals um Hilfe. Also tötet er auch sie. 21-mal rammt er ihr das Messer in die Brust.(...)*

*Die Staatsanwaltschaft vermutet, dass Ziad K. die Freundin seiner Frau erstach, um so die endgültige Trennung von seiner Ehefrau zu verhindern. Er habe nicht akzeptieren können, dass die 32-Jährige bereits ausgezogen war, sich endgültig lösen und in die christliche Freikirche eintreten wollte. Er glaubte, so die Überzeugung der Anklagevertreter, ihre Freundin sei Schuld daran. Und dass seine Frau zu ihm zurückkehren werde, wenn er die andere Frau umbrächte. Aus Angst.*

Wenn in diesem Fall durch das Gericht nicht das Mordmerkmal „aus niedrigen Beweggründen“ und die besondere Schwere der Schuld festgestellt werden sollte – ja wann denn dann? Oder gelten derartige Schandmorde schon als kulturelle Eigenheit, als bunte multikulturelle Bereicherung? Als etwas, was genauso wenig verfolgt werden muss, wie die massenhaft vorkommenden falschen Angaben zur Identität und zum Alter der angeblichen „Flüchtlinge“:

*„1.1.1984“, antwortet er brüchig, als der Richter nach seinem Geburtsdatum fragt. Tatsächlich geboren ist Ziad K. laut seinem Verteidiger Steffen Stern im Jahr 1977. Während der Flucht aus dem Irak habe die Familie sein Geburtsjahr in den Dokumenten gefälscht, und der 1.1. ist das übliche Fantasiedatum von Muslimen.*

Wie lange wollen wir uns das noch von derartigen „Flüchtlingen“ gefallen lassen, die über Jahrzehnte auf unsere Kosten leben, uns auf der Nase herumtanzen und unsere Rechtsordnung mit Füßen treten?

Es wird höchste Zeit, dass der Wind sich dreht.

---



## Köln: Würde bei der Kommunalwahl gefälscht?



Es mag ja wirklich menschliches Versagen gewesen sein, die Unfähigkeit der Stimmauszähler, eins und eins

zusammenzuzählen und das Ergebnis zu übermitteln. Beim heutigen Bildungsniveau wäre das kein Wunder. Was jedoch immer wieder erstaunen lässt bei den sehr seltenen Nachzählungen in deutschen Wahlbezirken, ist die Tatsache, dass immer linke Parteien von falschen Auszählungsergebnissen profitiert hätten. So auch in Köln, wo nun eine Neuauszählung der Stimmen in nur einem Briefwahlbezirk zum Verlust der rotgrünen Mehrheit im Stadtrat geführt hat.

[„WeltOnline“ schreibt dazu:](#)

### **Rot-Grün verliert Rathausmehrheit in Köln**

*Mit einem Plus von einer einzigen Stimme hatte sich Rot-Grün 2014 die Mehrheit im Kölner Rathaus gesichert. Nun gab es eine Neuauszählung – und plötzlich hat die CDU einen Bezirk dazugewonnen.*

*Spektakuläres Ergebnis in Köln: In der Millionenstadt haben am Dienstag SPD und Grüne nach der Neuauszählung eines Briefwahlbezirks ihre hauchdünne Ein-Stimmen-Mehrheit im Rat verloren.*

*Die CDU gewinnt ein Jahr nach der Kommunalwahl einen Sitz in der viertgrößten deutschen Stadt hinzu, den die SPD entsprechend abgeben muss. Das ist das Ergebnis einer öffentlichen Neuauszählung, die die CDU nach langem Streit gerichtlich durchgesetzt hatte.*

*Die Stadt geht nun nach dem korrigierten Ergebnis davon aus, dass bei der Ergebnisfeststellung für den Bezirk 20874 im Mai 2014 die Stimmen für die CDU und die SPD vertauscht worden waren.*

*Die CDU hatte in dem Briefwahlstimmbezirk Unregelmäßigkeiten auf ihre Kosten moniert und war vor das Verwaltungsgericht gezogen. Parteichef Bernd Petelkau zeigte sich am Dienstag zufrieden und sprach von einem „guten Tag für die Demokratie“. (...)*

Leider berichtet „WeltOnline“ nichts über die Hintergründe dieser „Auszählungsfehler“, so dass wir davon ausgehen müssen, dass derartige „Fehler“ offenbar bei jeder Wahl vorkommen können und damit quasi zur Normalität gehören. Wahlbetrug als Normalität? Nein, das mag man nicht glauben. Nicht hier, nicht in Deutschland. Hier läuft doch alles seinen korrekten bürokratischen Weg. Diejenigen, die daran noch glauben,

sollten sich bei der nächsten Wahl mal die Wahlvorstände etwas genauer anschauen. Überwiegend rekrutiert aus der linksversifften Beamtenschaft, und die, die sich freiwillig melden, sind zumeist ganz besonders politisch engagiert, fühlen sich ihrem Traum von einer „gerechten Gesellschaft“ verpflichtet, was „Gerechtigkeit“ ist, bestimmen sie allerdings selbst. Nur mit dem korrekten Zählen, da haben sie es nicht so.

Das Fazit, das wir aus diesem Kölner „Einzelfall“ ziehen sollten: Ja, es gibt in der BRD (Bananenrepublik Deutschland) Wahlfälschungen ungeahnten Ausmaßes. Darum: Beobachten Sie bei jeder Wahl die Auszählungen (wenn Sie nicht gerade Kandidat sind und zur Wahlparty müssen), dokumentieren Sie jede Unregelmäßigkeit und teilen Sie diese der betroffenen Partei mit. Es ist Ihr gutes Recht. Und es schreckt die Fälscher ab, denn Wahlbetrug ist eine Straftat.(hg)